



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
Sitzung des Schul- und Sportausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 21.11.2019	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	17:42 Uhr	
Sitzungsort:	TSV Kücknitz v. 1911 e.V., Tannenbergr. 14, 23569 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
André Kleyer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Jörg Haltermann - SPD		
Dagmar Hildebrand - CDU		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Philip Brozio - SPD		
Gülcan Kara - SPD		
Helmut Nölck - Die Unabhängigen		
Sonja Schroeter - AfD		
Stellvertreter		
Alexander Schacht - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Frauke Drewitz	
Holger Bull - SPD	Vertretung für: Herrn Jörn Puhle bis TOP 5.3.	
Daniel Kerlin - FDP	Vertretung für: Herrn Thomas Rathcke	
Andreas Schulze - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Jana Borchers	
Horst Wargenau - CDU	Vertretung für: Frau Claudia Treumann-Greiff	
Pascal Haufe - CDU	Vertretung für: Herrn Hauke Wegner	
Nicole Oldach - FREIE WÄHLER & GAL	Vertretung für: Frau Kristina Aberle	
Verwaltung		
Senatorin Kathrin Weiher - FB 4 - Kultur und Bildung		
Aiko Wagner - FBC FB 4		
Claudia Weiß - 4.401 Schule und Sport		
Andreas Borchardt - 4.401 Schule und Sport		
Sonja Rieper - 4.401 Schule und Sport		
Tobias Stahl - 4.401 Schule und Sport		

Rainer Hielscher - 5.651 - GMHL	bis TOP 5.3.
Björn Hoppe - 4.525 Lübecker Schwimmbäder	
Christiane Wiebe - 4.403 Volkshochschule Lübeck	
Protokollführung	
Dennis Meier - 4.401 Schule und Sport	
Sonstige Personen	
Dr. Michael Janneck - Schulleiter Johanneum / Sprecher der Gymnasien	
Jörg-Stefan Witt - Vertreter des Behindertenrats	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Jana Borchers - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Jörn Puhle - SPD	entschuldigt
Thomas Rathcke - FDP	entschuldigt
Claudia Treumann-Greif - CDU	entschuldigt
Katjana Zunft - Die Linke	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Frauke Drewitz - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Kristina Aberle - FREIE WÄHLER & GAL	entschuldigt
Hauke Wegner - CDU	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.09.2019	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Mitteilungen der Verwaltung	
3.1.1	Stand zur Fortschreibung des Sportentwicklungsplans	
3.1.2	Passathafen: Neubau Steg G	
3.1.3	„OASE" im Gebäude der Paul-Klee-Schule	
3.1.4	Anmietung von Räumen für die Dorothea-Schlözer-Schule	
3.1.5	Sportbad PLUS	
3.1.6	Aktueller Stand Schulkindbetreuung	
3.2	Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden	
3.2.1	Sitzungstermine des Schul- und Sportausschusses für das Jahr 2020	VO/2019/08311
3.3	Antwort auf die Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zum Passathafen (VO/2019/08019)	VO/2019/08078
3.4	Antwort auf die Anfrage des Ausschussmitglieds Treumann (CDU) zur Digitalausstattung an Schulen / DigitalPakt (VO/2019/07552)	VO/2019/08085
4	Berichte	
4.1	Evaluierungsbericht Projekt "Zentralisierung der Hausmeisterdienste beim GMHL" inkl. CDU Antrag Nr. VO/2016/03422 und VO/2019/07237	VO/2019/08287
4.2	Evaluation Pilotphase zentrale IT-Infrastruktur an Lübecker Schulen und Umsetzung Digitalpakt	VO/2019/07671
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Spendenannahme einer Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck über 6.700 Euro für die Erstellung einer Festschrift "100 Jahre VHS Lübeck"	VO/2019/08167

5.2	Vorlage zur außerplanmäßigen Bewilligung von Haushaltsmitteln der Planungskosten für eine Sporthalle an der Falkenwiese in Höhe von 600.000,00 Euro.	VO/2019/08243
5.3	Schulkindbetreuung - Förderung Ganztage an Schulen an den freien Schulen bezüglich VO/2016/03725	VO/2019/07857
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Die Unabhängigen: Haushaltsbegleitbeschluss zur VO/2019/08082 Haushaltsplan 2020: Alphabetisierungskurse kostenfrei anbieten	VO/2019/08082-06
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende eröffnet die 11. Sitzung des Schul- und Sportausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende mit Einverständnis des Ausschusses dem 2. Vorsitzenden des TSV Kücknitz Herrn Benthien Gelegenheit zu einer Begrüßung.

Herr Benthien begrüßt den Ausschuss und nutzt die Gelegenheit, um auf das veraltete Vereinsheim mit vielen maroden Fenstern, einem beschädigtem Dach sowie auf mangelnde Elektroleitungen innerhalb des Gebäudes hinzuweisen.

Frau Weiß berichtet, dass die Situation vor Ort der Verwaltung bekannt sei und verweist auf das im Juni 2019 vom Verein erhaltene Nutzungskonzept inklusive Bedarfsaufstellung. Von Seiten der Verwaltung würde nun durch Aufstellung einer Kostenschätzung i. V. m. einer Wirtschaftlichkeitsanalyse zu prüfen sein, ob eine Sanierung oder ein Neubau sinnvoller wäre. Gleichzeitig würden dann entsprechend auch Haushaltsmittel für den nächsten Haushalt angemeldet werden.

Anschließend verpflichtet der Vorsitzende die stellvertretenden bürgerlichen Ausschussmitglieder Herrn Alexander Schacht und Frau Nicole Oldach jeweils durch Handschlag und den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein“.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Tagesordnung um den Nachtragstagesordnungspunkt 3.4 „VO/2019/08085 – Antwort auf die Anfrage des Ausschussmitglieds Treumann (CDU) zur Digitalausstattung an Schulen / DigitalPakt (VO/2019/07552)“ sowie den Nachtragstagesordnungspunkt 4.2. „VO/2019/07671 - Evaluation Pilotphase zentrale IT-Infrastruktur an Lübecker Schulen und Umsetzung Digitalpakt“ im Wege der Dringlichkeit zu erweitern.

Anschließend lässt der Vorsitzende über die Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit um den Nachtragstagesordnungspunkt 3.4. „VO/2019/08085 – Antwort auf die Anfrage des Ausschussmitglieds Treumann (CDU) zur Digitalausstattung an Schulen / DigitalPakt (VO/2019/07552)“ sowie den Nachtragstagesordnungspunkt 4.2. „VO/2019/07671 - Evaluation Pilotphase zentrale IT-Infrastruktur an Lübecker Schulen und Umsetzung Digitalpakt“ abstimmen.

Der Ausschuss beschließt unter Bejahung der Dringlichkeit einstimmig, die Tagesordnung um die Nachtragstagesordnungspunkte 3.4. und 4.2. zu erweitern.

Der Ausschuss ist auf Nachfrage des Vorsitzenden einstimmig mit der Behandlung der Tagesordnungspunkte 10.1. und 13.1 unter Ausschluss der Öffentlichkeit einverstanden.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen.

Damit ist die Tagesordnung einschließlich der beschlossenen Nachtragstagesordnungspunkte 3.4. und 4.2. im Wege der Dringlichkeit sowie der Zuordnung der Tagesordnungspunkte 10.1. und 13.1. zum nichtöffentlichen Teil einstimmig festgestellt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.09.2019

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Mitteilungen der Verwaltung

zu 3.1.1 Stand zur Fortschreibung des Sportentwicklungsplans

Frau Weiß berichtet zum aktuellen Stand bei der Fortschreibung des Sportentwicklungsplans. Der Bereich Schule und Sport sei gemeinsam mit dem Institut für Kooperative Planung und Sportentwicklung dabei, den Sportentwicklungsplan fortzuschreiben. In der 48. KW würde die Auftaktveranstaltung der Steuerungsgruppe unter Teilnahme des Bereiches Schule und Sport und des TSB stattfinden. Zurzeit laufe eine Bestandsaufnahme, wobei wesentliche Strukturdaten zu Sport und Bewegung in der Hansestadt Lübeck und zur Bevölkerung zusammengestellt und ausgewertet werden würden. Anfang 2020 würden die Bedarfsanalysen folgen. Geplant sei hierfür eine Online-Befragung der Bevölkerung, der Sportvereine und der Schulen. Im Sommer sollen Workshops stattfinden, in denen gemeinsam mit den Vereinen, der Politik, den Schulen und verschiedenen Bereichen der Verwaltung Ziele und Maßnahmen für den Lübecker Sport entwickelt werden würden. Der Abschlussbericht würde dann voraussichtlich im Herbst 2020 vorliegen. Frau Weiß erklärt, dass der Bereich Schule und Sport zu diesem Thema in den folgenden Sitzungen berichten werde.

Anschließend wird Herrn Witt das Wort durch den Ausschuss erteilt, der auf die zukünftige Pflicht und Beachtung der Leichten Sprache in den Ausschüssen hinweist.

zu 3.1.2 Passathafen: Neubau Steg G

Frau Weiß berichtet, dass die Vorlage zur Projektfreigabe der Erneuerung des Stegs G im Passathafen im August 2019 im Ausschuss war und auch Ende August der Vorlage im Hauptausschuss zugestimmt wurde. Mit Ablauf der 47. KW sei auch das Ausschreibungsverfahren mit Auftragsvergabe an eine Firma beendet worden. Diese Firma könne nun für die neuen Beton-Schwimmstegelemente in Produktion gehen und ab Februar 2020 auch mit dem Einbau der neuen Dalben und der Schwimmstegelemente beginnen. Abschluss der Maßnahme und somit des insgesamt zweiten Schwimmstegs, der erneuert werden konnte, sei zum 01.04.2020, rechtzeitig zum Saisonbeginn im Passathafen, geplant.

zu 3.1.3 „OASE“ im Gebäude der Paul-Klee-Schule

Frau Weiß berichtet dazu, dass die „OASE“ im Gebäude der Paul-Klee-Schule bereits seit März 2016 wieder in der Nutzung der Schule sei. Der Raum würde während der Schulzeit als Musikraum genutzt und am Nachmittag durch die Ganztagsbetreuung genutzt werden. Hierzu seien vor kurzem mobile Tische und Stühle sowie Matten und Sitzsäcke angeschafft worden. Da es sich um städtisches Eigentum handeln würde, würde hier keine Miete fällig werden.

zu 3.1.4 Anmietung von Räumen für die Dorothea-Schlözer-Schule

Frau Weiß berichtet, dass die Handwerkskammer angefragt wurde, diese aber nicht dauerhaft Räume vermieten könne. Negativ sei auch eine Anfrage beim Brahms Institut verlaufen. Daher sei die Raumnot für die Dorothea-Schlözer-Schule noch nicht gelöst.

Der Vorsitzende stellt eine Frage zum Zeitplan.

Herr Borchardt antwortet darauf und bezieht sich auf die Problematik, dass die Dorothea-Schlözer-Schule nicht die einzige Schule mit Raumbedarf sei und es daher keinen expliziten Zeitplan gäbe. Voraussichtlich würden zukünftig grundsätzlich vermehrt Container angemietet werden müssen, da man mit dem Bau gar nicht so schnell hinterher kommen könne. Gespräche mit der Dorothea-Schlözer-Schule würden weiterhin geführt werden und auch das GMHL suche weiterhin nach Anmietungsmöglichkeiten in stadtteilnahen Liegenschaften.

zu 3.1.5 Sportbad PLUS

Frau Weiher weist noch einmal auf die entsprechende Vorlage aus dem letzten Ausschuss hin, die nun auch in die Bürgerschaft gelangen würde.

zu 3.1.6 Aktueller Stand Schulkindbetreuung

Frau Weiher berichtet, dass im Schuljahr 2019/2020 ein Anstieg der Betreuungsplätze verzeichnet werden konnte. Von 4.050 im Schuljahr 2018/2019 auf 4.358 wurden somit 308 zusätzliche Betreuungsplätze in der Schulkindbetreuung in der Primarstufe zur Verfügung gestellt, was eine Versorgungsquote von 60% bedeutet würde.

Der Ausbau des Konzepts Ganzttag plus sei zum Schuljahr 2019/20 an 14 Standorten gelungen, sodass mittlerweile an 28 von 37 Standorten eine personelle Verstärkung in den Ganztagsgruppen erfolgt sei.

An 28 Standorten würde eine Frühbetreuung angeboten werden. Insgesamt würden 928 Kinder die reguläre Frühbetreuung besuchen.

Frau Weiher berichtet des Weiteren über die Veränderung der Trägerlandschaft. Hier hätten ein Eltern- und ein Schulverein die Trägerschaft abgegeben. Die Schulkindbetreuung würde nun an 31 Standorten durch freie Träger/ gUG, 4 durch Elternvereine/ 1 Schulverein und 1 Mitarbeiterverein verantwortet werden.

Im Rahmen der Umsetzung des Raumkonzepts zur Doppelnutzung berichtet Frau Weiher, dass sich bereits 18 Standorte auf den Weg gemacht hätten und entsprechende Konzepte in Zusammenarbeit mit dem OGS-Träger und gegebenenfalls unter Beteiligung der Schulkinder eingereicht hätten.

Nach heutigem Stand würden insgesamt 29 Klassenräume zur Doppelnutzung eingerichtet werden.

Das Projekt zur Raumdoppelnutzung hätte zu vielen positiven Rückmeldungen aus den Standorten geführt.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 3.2 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

zu 3.2.1 Sitzungstermine des Schul- und Sportausschusses für das Jahr 2020 Vorlage: VO/2019/08311

Der Vorsitzende weist auf die Änderungen zur Vorlage hin. Wobei der 10.09.2020 statt des 17.09.2020 und der 11.11.2020 statt des 19.11.2020 als Sitzungstermine vorgesehen sind.

Die aktuellen Sitzungstermine sind der Niederschrift als Anlage beigefügt (**siehe Anlage 1**).

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung des Ausschussvorsitzenden zur Kenntnis.

**zu 3.3 Antwort auf die Anfrage des AM Thomas Rathcke (FDP) zum Passathafen (VO/2019/08019)
Vorlage: VO/2019/08078**

Herr Kerlin fragt nach dem weiteren Vorgehen und der Einbeziehung von Rudervereinen und Landesruderverband.

Frau Weiß berichtet, dass in der vergangenen Woche eine Sitzung mit der Interessenvertretung der Seglervereine im Passathafen stattgefunden hätte, bei der diese Frage ebenfalls Thema gewesen sei.

Der Bereich Schule und Sport habe auch die Rückmeldungen aus diesem Termin in Ihren Planungen mit aufgenommen, die zum Ziel hätten, zur neuen Saison entsprechende Halterungen für Ruderboote anbieten zu können. Eine Einbeziehung der Rudervereine und des Landesruderverbands sei über den TSB erfolgt.

Der Ausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.4 Antwort auf die Anfrage des Ausschussmitglieds Treumann (CDU) zur Digitalausstattung an Schulen / DigitalPakt (VO/2019/07552)
Vorlage: VO/2019/08085**

Frau Hildebrandt gibt den Hinweis, dass Frau Treumann auf Grund ihrer heutigen Abwesenheit gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal auf die Antwort zurückkommen würde.

Der Ausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Evaluierungsbericht Projekt "Zentralisierung der Hausmeisterdienste beim GMHL" inkl. CDU Antrag Nr. VO/2016/03422 und VO/2019/07237
Vorlage: VO/2019/08287**

Herr Nölck fragt nach, ob die Befragung anonymisiert oder personalisiert erfolgt sei und wie groß der auf eine Schule anfallende Anteil in Bezug auf feste Hausmeister und Springerkräfte sei. Herr Hielscher erklärt daraufhin, dass die Befragung anonymisiert erfolgt sei und dass grundsätzlich pro Schule je ein Hausmeister eingesetzt sei. Lediglich bei kleineren Schulen sei nicht immer ein fester Hausmeister eingesetzt.

Herr Schulze bittet Herrn Hielscher um Erläuterung des angestrebten Ziels dieses Evaluierungsberichtes.

Herr Hielscher erklärt, dass zum einen nach vier Jahren (2012-2015) Projektphase eine Beurteilung der Maßnahmen vorgenommen und gleichzeitig die Fragen aus dem CDU Antrag beantwortet werden sollten.

Herr Schulze fragt außerdem, ob auch nach der Zufriedenheit bei Hausmeistern und Schulleitern gefragt worden sei. Herr Schulze führt hierzu weiter aus, dass er aus eigenen Befragungen und Gesprächen den Eindruck erhalten habe, dass viele Schulleiter und Hausmeister nicht zufrieden seien. Herr Haltermann pflichtet dem bei und schildert eigene ähnliche Erfahrungen.

Herr Hielscher bestätigt dies und erklärt, dass in dem Bericht auf die Individualisierung der Berechnung für die Aufwendungen der Hausmeister eingegangen sei, wobei nicht nur die zu verrichtenden Aufwände als Arbeitszeit berechnet wurden, sondern auch die dazugehörigen Wegezeiten. An dieser Stelle sollen auch Schülerzahlen und Technisierungsgrad des Objektes mit berücksichtigt worden sein, sodass die Hausmeister nicht nur ihr Leistungsverzeichnis, sondern auch die Schulaufgaben, die in Abstimmung mit den Schulleitern besprochen worden seien, erfüllen könnten.

Herr Haltermann erklärt, dass er für alle Schulleiterinnen und Schulleiter sprechen würde und führt weitere Beispiele an, die für Unzufriedenheit unter den Hausmeistern und Schulleitern sorgen würden. Er nennt hier beispielsweise die Vernachlässigung von Arbeiten an Schulen, die während des normalen Schulbetriebs nicht bearbeitet und auch in den Ferien nicht nachgeholt werden könnten, weil dann einzelne Hausmeister auf Grund von Vertretungsregelungen bis zu zehn Objekte gleichzeitig betreuen müssten.

Herr Bull sieht auch eine Problematik in der Begrifflichkeit eines Schulhausmeisters, der aus seiner Sicht klar von dem eines Hausmeisters abzugrenzen sei, da der Schulhausmeister zudem als Identifikationsfigur für Schülerinnen und Schüler mit besonderen Aufgaben und Bezug zur Schule agieren würde.

Frau Hildebrandt pflichtet sowohl Herrn Haltermann als auch Herrn Bull bei und äußert ihre Enttäuschung über den Bericht.

Der Vorsitzende fasst noch einmal zusammen und empfiehlt unter dem Aspekt, dass in erster Linie alle zufrieden sein sollten, den Bericht als Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen und mit ergänzenden Arbeitsaufträgen zu versehen oder aber den Bericht komplett zurückzuweisen und nach Bearbeitung der ergänzenden Arbeitsaufträge erneut vorlegen zu lassen.

Der Ausschuss erteilt anschließend Herrn Dr. Janneck das Wort.

Herr Dr. Janneck bestätigt, was Herr Haltermann bereits zur Unzufriedenheit unter den Schulleitern und Hausmeistern berichtet hat. Herr Dr. Janneck sieht dabei das Aufgabenfeld der Hausmeister in zwei Bereiche aufgeteilt. Der eine Bereich würde die schulische Inanspruchnahme der Hausmeister betreffen, die immer wieder zu Diskussionen führen würde, auf Grund der Unklarheit darüber, welche Arbeiten dazu gehören würden. Der andere Bereich würde die Instandhaltung der Gebäude betreffen, bei der die Zusammenarbeit zwischen der Bauinstandhaltung und der Hausmeisterei nicht ausreichend funktionieren würde.

Herr Dr. Janneck hält es für dringend notwendig, dass diese Thematik in einem Bericht aufgegriffen und beantwortet werden würde. Des Weiteren äußert er den Eindruck, dass es sich bei den Fragen im Bericht ausschließlich um Fragen handeln würde, die positiv beantwortet werden könnten.

Herr Haltermann macht auch noch einmal deutlich, dass die Übernahme von Hausmeistertätigkeiten durch die Schule selbst oder durch Dritte, die durch die Schule beauftragt werden müssten, den Haushalt der Schule belasten würden und aus seiner Sicht nicht nachvollziehbar und tragbar seien.

Der Vorsitzende formuliert abschließend noch einmal den Arbeitsauftrag:

In dem ergänzenden Bericht soll die Frage beantwortet werden, ob das System für die Schulen und Schulhausmeister ein sinnvolles System sei, wobei dies auch auf andere Bereiche wie KiTa ausgeweitet werden soll. Außerdem soll bereits überlegt werden, was ein verbessertes Konzept sein kann, bzw. welche Optimierungspotentiale es noch gibt.

Beschluss:

Der Ausschuss beschließt einstimmig, den Bericht zurückzuweisen und gibt die ergänzenden Fragestellungen über die Niederschrift an die Verwaltung weiter.

Projektevaluierung/CDU Antrag Nr. VO/2016/03422 und VO/2019/07237

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	x
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.2 Evaluation Pilotphase zentrale IT-Infrastruktur an Lübecker Schulen und Umsetzung Digitalpakt
Vorlage: VO/2019/07671**

Herr Nölck stellt eine Frage zur Finanzierung. Dabei geht es ihm um die Abdeckung der Finanzierung der Kosten für Implementierung und Unterhaltung, die noch nicht durch die Zuweisung durch den Bund gedeckt seien.

Frau Weiher erklärt, dass der Digitalpakt zunächst für fünf Jahre laufen würde und die Verwaltung davon ausgehe, dass nicht der gesamte Bedarf für die fünf Jahre gedeckt sei. Zudem seien die Kosten für Support, Wartung und dergleichen nicht von Bund und Land gedeckt, sondern wären von der Hansestadt Lübeck zu tragen. Hierbei spielt es auch eine Rolle, wie gut die Schülerinnen und Schüler letztendlich ausgestattet werden sollen und dadurch

würde man auch während der fünf Jahre immer mal wieder auf weitere Mittel zugreifen müssen.

Grundsätzlich würde Frau Weiher den Digitalpakt als gute Initiative von Bund und Land sehen, um Schulen zu helfen.

Herr Stahl ergänzt, dass der Digitalpakt ausschließlich investive Mittel zur Verfügung stellen würde, um eine Infrastruktur zunächst einmal aufzubauen und es sei die Aufgabe des Schulträgers, das Ganze so nachhaltig zu betreiben, dass die Kosten möglichst gering sein würden. Die zentrale Beschaffung von Wartung und laufenden Support durch die Hansestadt Lübeck sei gleichzeitig Voraussetzung, um auf die Mittel des Digitalpakts zugreifen zu können.

Herr Haltermann spricht sein Lob für Herrn Stahl aus und sieht die Hansestadt Lübeck bei der Digitalisierung auf einem guten Weg, der jedoch noch eine Zeit lang dauern werde.

Herr Nölck möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, dass durch die Digitalisierung immer mehr IT-bezogene Aufgaben (z.B. Wartungen - Aufgabe der Kommune) auf die Lehrkräfte (Landesbedienstete) entfallen würden und dies durch den Digitalpakt sogar noch vermehrt werden könnte.

Herr Stahl geht darauf ein und erklärt, dass dies zentral organisiert werden solle, beispielsweise über ein Ticket-System sowie die Einrichtung einer telefonischen Hotline, wo entsprechende Fehlermeldungen gemeldet werden könnten. Dies würde im Rahmen der Pilotphase bereits evaluiert worden sein und auch Erfahrungen würden in dem Prozess mit der Stadtverwaltung, externen Dienstleistern, Schulen sowie teils auch mit den Schulhausmeistern gesammelt worden sein.

Frau Hildebrandt begrüßt ebenfalls die Initiative von Bund und Land und sieht einen Schwerpunkt in der Versorgung der Schulen mit W-LAN und LAN, welche mit Hochdruck weiterverfolgt werden sollte.

Frau Weiher verweist darauf, dass auch die Versorgung der Schulen mit W-LAN und LAN eine Voraussetzung für den Zugriff auf die Mittel aus dem Digitalpakt sei. Frau Weiher sieht diesbezüglich jedoch die Schulen bereits gut aufgestellt, da der Bereich Schule und Sport auch in der Vergangenheit bereits in diesem Rahmen handeln konnte. Sie macht jedoch auch deutlich, dass der Bereich Schule und Sport trotz der Stelle von Herrn Stahl sowie einer weiteren Stelle für Medienentwicklungsplanung ab Januar 2020 weiterhin personellen Bedarf habe.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 5.1	Spendenannahme einer Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck über 6.700 Euro für die Erstellung einer Festschrift "100 Jahre VHS Lübeck" Vorlage: VO/2019/08167
---------------	---

Frau Weiher möchte noch einmal Frau Wiebe danken, die die Veranstaltung „100 Jahre VHS“ organisiert hat sowie dem Bürgerschaftsmitglied Herrn Thomas-Markus Leber, der diese Festschrift „100 Jahre VHS“ ehrenamtlich geschrieben hat. Diese Festschrift würde, sobald sie vorliegt, auch noch einmal der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Beschluss:

Die Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck über 6.700 Euro für die Festschrift „100 Jahre VHS Lübeck“ wird angenommen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.2 Vorlage zur außerplanmäßigen Bewilligung von Haushaltsmitteln der Planungskosten für eine Sporthalle an der Falkenwiese in Höhe von 600.000,00 Euro.
Vorlage: VO/2019/08243**

Die Frage von Herrn Nölck, ob die Planungskosten lediglich die externen Dienstleistungen oder auch die internen Planungskosten der Verwaltung decken würden, beantwortet Frau Weiher. Frau Weiher erklärt, dass die Vorbereitungen durch den Fachbereich Planen und Bauen geschehen und anschließend die Planungsleistungen an Dritte vergeben werden seien. Bei der Vergabe der Planungsleistungen würde die Politik über den Hauptausschuss aber noch einmal beteiligt werden. Frau Weiher erklärt außerdem, dass noch Gelder in 2019 zur Verfügung stehen würden, wodurch bei einer Verwendung dieser Gelder eine Belastung des Haushalts 2020 vermieden werden könnte.

Beschluss:

Die Bürgerschaft stellt für die Maßnahme 424001 090 7851000 (Sportstätten, Neubau Sporthalle Falkenwiese) Planungsmittel in Höhe von 600.000,00 Euro außerplanmäßig gemäß §95d(1) GO im Haushaltsplan 2019 bereit.

Die Deckung erfolgt aus dem Produktsachkonto 612003 000 6821000 (Grundstücksan- u. -verkäufe, EZ aus d. Veräuß. v. Grundst./Geb.)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 5.3 Schulkindbetreuung - Förderung Ganzttag an Schule an den freien Schulen bezüglich VO/2016/03725
Vorlage: VO/2019/07857**

Herr Haltermann erklärt, dass innerhalb der Fraktion (SPD) noch abstimmungsbedarf herrschen würde, weshalb er den Antrag stellt, die Vorlage ohne Votum weiterzugeben.

Frau Weiher sagt ergänzend zur Vorlage, dass Recherchen die Vermutung nahe legen würden, dass es nicht das Recht der Schule sei, dass nur öffentliche Schulen eine Ganztagsbetreuung haben, sondern es das Recht des einzelnen Kindes sei, eine Ganztagsbetreuung zu haben - unabhängig von der Schule. Frau Weiher verweist darauf, dass sofern man den Kindern dies an den Privatschulen nicht ermöglichen würde, man wieder zusätzliche Betreuungseinrichtungen in der Nähe der jeweiligen Schule schaffen müsse, wo diese Kinder dann hingehen könnten.

Die Frage von Herrn Kerlin, ob es derzeit eine Ganztagsbetreuung an Privatschulen gäbe, beantwortet Frau Rieper bejahend.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Haltermann, die Vorlage ohne Votum weiterzugeben, abstimmen. Der Ausschuss nimmt den Antrag einstimmig bei zwei Enthaltungen an.

Beschluss:

Die freien Schulen werden künftig in die Förderung Ganzttag an Schule zum Schulhalbjahr 2019/20 aufgenommen. Die Förderung der Schulkindbetreuung wurde von der Bürgerschaft am 30.06.2016 beschlossen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 Die Unabhängigen: Haushaltsbegleitbeschluss zur VO/2019/08082 Haushaltsplan 2020: Alphabetisierungskurse kostenfrei anbieten
Vorlage: VO/2019/08082-06**

Beschluss:

Die Hansestadt Lübeck bezuschusst ab dem Haushaltsjahr 2020 die Alphabetisierungskurse der Lübecker Volkshochschule, damit die Kurse für die Teilnehmenden zukünftig kostenfrei angeboten werden können.

Dafür sind pro Semester 8.500 € (17.000 Euro pro Jahr) zur Verfügung zu stellen. Diese Summe ermöglicht es der VHS, je Halbjahr fünf Kurse im Bereich Grundbildung, d.h. "Lesen und Schreiben von Anfang an" und "Grundlagen der Rechtschreibung und Grammatik" (im aktuellen VHS-Programm die Kurse 701-002 und 701-005) anzubieten.

Frau Wiebe leitet zu dem Thema ein und macht auf die Notwendigkeit derartiger Alphabetisierungskurse aufmerksam. Sie berichtet, dass die Volkshochschule bereits Alphabetisierungskurse anbietet und auch Bundesfördermittel bereitstehen würden, wobei hier ein Augenmerk auf die Einreichungsfristen gelegt werden müsste.

Neben drei Alphabetisierungszentren plane das Land mindestens fünf weitere Grundbildungszentren einzurichten, um ein niederschwelliges Angebot zu sichern. Hier habe auch die Hansestadt Lübeck Interesse angemeldet und die VHS plane, sich bei einer möglichen Ausschreibung im Frühjahr zu bewerben.

Da die Umsetzung vermutlich jedoch noch über das Jahr 2020 hinausgehen werde, kommt nun der Vorschlag aus der Bürgerschaft, diese Alphabetisierungskurse kostenfrei anzubieten. Hierzu sagt Frau Wiebe, dass es grundsätzlich möglich wäre, aber zusätzliche Kosten verursachen würde.

Herr Nölck möchte das Augenmerk auf die Soziale Teilhabe lenken, da sich der bei diesem Thema häufig betroffene Personenkreis in schwierigen Lebenssituationen befinden würde. Zudem gäbe es gewisse Hemmschwellen, sich bei diesem Thema zu offenbaren. Herr Nölck verweist auf andere Städte, die diese Alphabetisierungskurse bereits kostenfrei anbieten würden und erklärt, dass der Zweck hinter der Vorlage der sei, betroffenen Menschen zu helfen.

Frau Wiebe beantwortet eine Frage von Frau Schröter zur Struktur und Auslastung der bisherigen Alphabetisierungskurse und verweist dabei auf das VHS-Kursprogramm (Seite 268).

Des Weiteren zeigt Sie eine zum Antrag abgewandelte Finanzierungsmöglichkeit für die Kurse auf, nach der man eine Mitfinanzierung von 1 Euro je Unterrichtseinheit für die Teilnehmenden vereinbaren würde. Insgesamt würden dann auf die Teilnehmer Kosten in Höhe von 56,00 Euro je Kurs anfallen. Pro Semester müssten dann 6.000 Euro anstelle der im Antrag genannten 8.500 Euro (12.000 Euro pro Jahr) von kommunaler Seite zur Verfügung gestellt werden.

Die Frage von Herrn Kerlin, ob das Angebot ausgeweitet werden müsste, sofern man die Kurse kostenfrei anbieten würde, beantwortet Frau Wiebe und bestätigt, dass eine Ausweitung des Kursangebots voraussichtlich notwendig wäre.

Der Vorsitzende begrüßt den Antrag und erklärt, dass er außerdem eine Gefahr bei der Nutzung von und dem Verlass auf digitale Autokorrekturprogramme sehen würde. Die Probleme seien seiner Meinung nach auch sozialschichtenübergreifend.

Frau Hildebrandt begrüßt ebenfalls die „Konditionierung der Handschrift“. Grundsätzlich würde auch Frau Hildebrandt Handlungsbedarf sehen, richtet jedoch auch die Frage an Frau Wiebe, ob der betroffene Personenkreis nicht auch finanzielle Unterstützung über die Agentur für Arbeit erfahren würde.

Dies bestätigt Frau Wiebe. Es könnte Angebote von Seiten der Arbeitsagentur geben, welche jedoch kaum Kenntnis über den Bedarf erhalten würde, da es sich hierbei um ein scharmbesetztes Thema handeln würde. Auch die Vermutung des Vorsitzenden, dass es sich hierbei nicht nur um einen sozialschwachen Personenkreis handeln könnte, bestätigt Frau Wiebe und weist darauf hin, dass viele Betroffene in Lohn und Brot stehen würden.

Herr Haltermann fragt nach der Dringlichkeit für die Entscheidung. Frau Wiebe erklärt, dass im Sinne einer ausreichenden Vorbereitung und Vermarktung eine Entscheidung in dem heutigen Ausschuss erstrebenswert wäre.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Beratung im Schul- und Sportausschuss abschließend wäre und schlägt vor, die Sitzung für eine abschließende Beratung der Fraktionen zu unterbrechen, um möglichst eine einstimmige Entscheidung zu treffen, die letztendlich auch als ein starkes Zeichen gewertet werden könne.

Der Ausschuss stimmt zu und der Vorsitzende unterbricht die Sitzung um 17:20 Uhr.

Um 17:31 Uhr eröffnet er die Sitzung wieder.

Der Vorsitzende fasst kurz zusammen, wie sich die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen geeinigt hätten. Hier habe man sich dem Vorschlag von Frau Wiebe angeschlossen, wonach das Angebot wie folgt lauten soll:

Kursbeitrag von 1 Euro pro TeilnehmerIn pro Unterrichtseinheit. Das würde den Antrag der Unabhängigen auf 6.000 Euro pro Semester (12.000 Euro pro Jahr) deckeln. Außerdem solle es auf zunächst ein Jahr beschränkt werden und im Anschluss daran eruiert werden.

Herr Schulze fragt noch einmal nach, ob die im Antrag genannten 17.000 Euro wirklich eine zu große Hürde darstellen würden. Frau Wiebe antwortet dazu, dass der eine Euro gleichzeitig als eine pädagogische Maßnahme im Sinne der Wertschätzung für diesen Kurs und deren Beteiligte aufgefasst werden könne.

Herr Haltermann bittet um Aufnahme ins Protokoll, dass Herr Schulze die CDU als Bagage bezeichnet habe, als er zuvor von einer Situation aus einem anderen Ausschuss zum Thema „Aufstellung eines Finanzierungskonzeptes“ mit Beteiligung der CDU berichtete.

Der Vorsitzende lässt über den abgewandelten Antrag abstimmen:

Kursbeitrag von 1 Euro pro TeilnehmerIn pro Unterrichtseinheit. Dafür sind pro Semester 6.000 Euro (12.000 Euro pro Jahr) zur Verfügung zu stellen. Außerdem soll es auf zunächst ein Jahr beschränkt werden und im Anschluss eruiert werden.

Der abgeänderte Beschlussvorschlag wird einstimmig bei 13 Ja-Stimmen angenommen.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 17:39 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 17:40 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit um 17:42 teilt der Vorsitzende mit, dass im nichtöffentlichen Teil ein Beschluss gefasst worden sei und beendet anschließend die Sitzung.

Lübeck, den 17. Januar 2020

André Kleyer
Vorsitzende/r

Dennis Meier
Protokollführung